*1. Der ESM Vertrag widerspricht der AG-Geldordnung (AGG) zufolge den Grundsätzen einer demokratischen Staatsordnung. In welcher Hinsicht?*

Der ESM verstößt gegen die im Grundgesetz verankerten fundamentalen Rechtsprinzipien und Grundsätze einer demokratischen Staatsordnung wie dem Parlamentsvorbehalt, dem Gleichheitsprinzip, dem Rechtsstaatlichkeitsprinzip, der Gewaltenteilung sowie dem Transparenzgebot. solche Verträge daherweil sie eben

Darüber hinaus beschneidet der ESM nachhaltig das vom BVerfG in seinem Urteil vom 07. Sept 2011 hervorgehobene Budgetrecht des nationalen Parlaments.

Daher halten wir den ESM für ein unzulässiges Mittel, um die Eurokrise zu bewältigen. Weiterhin birgt jeder neue „Rettungsschirm“ das Potenzial, die Krise in Europa erst recht eskalieren zu lassen.

*2. Bundespräsident Joachim Gauck soll seine Unterschrift auf den ESM-Vertrag verweigern, fordert die AGG. Trauen sie Gauck zu, sich bei einer so schwerwiegenden Entscheidung quer zu stellen und wie könnte man ihn davon überzeugen?*

Einen  Versuch ist es wert, zumal der ESM gerade im Hinblick auf "Freiheit und  Verantwortung" mit Sicherheit diskussionswürdig ist. Herr Gauck  bezeichnet sich selbst auch gerne als Demokratielehrer. Der ESM könnte zu seinem Lehrplan gehören: als aktuelles Beispiel zum Thema "Gefahren  für unsere Demokratie".

*3. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Einsatz eines 9er-Gremiums des Haushaltsausschusses für Entscheidungen über Auszahlungen an den EFSF unzulässig ist. Aber nur, wenn der Einsatz mit Eilbedürftigkeit begründet wird. Wenn Geheimhaltung erforderlich sei, wird das Gremium weiterhin eingesetzt. Wie bewerten Sie dies?*

*> Anmerkung: In der Frage sollte ESM durch EFSF ersetzt werden ->* [*http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-014*](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-014)

Wenn das so ist, würde es in der gängigen Praxis sicherlich dazu führen, dass ein immunes Gremium entscheidet – sprich ohne Bundestag oder irgendeine andere Kontrollinstanz. Transparenz wurde schon beim SoFFin durch das Bankgeheimnis verhindert, da ist die Hürde nicht hoch, auch beim EFSF auf Geheimhaltung zu pochen. Höhere Ebenen in der Politik und Verwaltung werden sich mit dem ESM eine neue Lizenz zum Geldrucken beschaffen. Am Grundproblem der zunehmenden Verschuldungsproblematik ändert sich dabei nichts.

*4. In einer Presseerklärung der AG Geldordnung schreiben sie, der ESM habe in seiner jetzigen Form das Potential, die Krise in Europa zu verschärfen. Wie könnte ein solches Szenario ablaufen?*

Weder in den zahlenden, noch in den empfangenden Ländern wird die Bevölkerung von diesen Vorgängen profitieren, denn sie werden die Kosten tragen müssen. Wir sehen, wie bereits die Maßnahmen in Griechenland binnen kürzester Zeit zu tiefen sozialen Spaltungen geführt haben. Alte Ressentiments der Länder könnten sich bei einer weiteren Zuspitzung der sozialen Verhältnisse in Europa schnell aufschaukeln. Der ESM schröpft die Bürger der starken und vor allem der armen Länder zu Gunsten der institutionellen Geldanleger. Ohne wirkliche Aufklärung und Transparenz im bestehenden Geldsystem, kommen wir auf Dauer in Europa nicht weiter. Was Europa braucht, ist eine ehrliche, offene und schonungslose Debatte über die Probleme der bestehenden Geldordnung, sowie möglicher Lösungen. Daran möchten wir arbeiten.

*5. Welche Folgen würde dies für die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben?*

Die positive Folge wäre zunächst die Erhaltung der Geldvermögen, die den Schulden gegenüberstehen. Die Geldvermögen sind der Hauptbestandteil der allgemein geförderten privaten Altersvorsorge. Deshalb muss grundsätzlich die private Altersvorsorge hinterfragt werden. Da Geldvermögen (Sparen) als Gegenpart Schulden sind, muss man bei einem Aufruf für mehr Sparen oder gar einer gesetzlichen Verankerung zum Aufbau von privaten Altersvorsorgen auch das mehr an Schulden akzeptieren.

Der ESM sorgt nur für eine breitere Verteilung der Schulden, damit die Geldvermögen erhalten bleiben. Damit wird nur Zeit gewonnen. Um die grundlegenden Probleme zu lösen, müssten tiefer greifende Strukturreformen angestoßen werden und die Bereitschaft für einen Paradigmenwechsel da sein.

**[Würde ich streichen, zu drastisch]** Es besteht die Gefahr, dass auf Grund eines fehlerhaften Systems drastische Maßnahmen ergriffen werden, um das System so lange wie möglich zu stützen (u.a. ESM). Europa könnte so zu einer Tyrannei mutieren, in der eine praktisch zentralisierte Regierung die europäische Einigung mit harter Hand erzwingen will. Das kann leicht ins Gegenteil überschlagen und nationalistischen Tendenzen und radikalen Kräften in Europa Auftrieb verleihen. Gerade die führende Rolle Deutschlands in der ESM-Konstruktion sollte uns dabei zu denken geben.

Fehlt diese Bereitschaft zum Umdenken, hält man also an dem aktuellen, fehlerhaften System „um jeden Preis“ fest, ist man zunehmend stärker gewzungen, immer drastischere Maßnahmen zu ergreifen. Diese führen maßgeblich zu einer immer stärkeren Konzentration der Geldvermögen und damit der Gläubigerposition in den Händen weniger Länder, die damit einen immer stärkeren Druck auf die Schuldnerländer ausüben können. Dies halten wir als basisdemokratische Partei für enorm problematisch.

*6. Die AGG beschäftigt sich intensiv mit möglichen Reformen des Geldsystems. Wo hat unser Geldsystem Schwächen und wie können diese Behoben werden?*

**[Ganze Antwort stark fachchinesisch. Da wird kaum einer mitkommen; also ich tu es nicht]** Wir diskutieren unterschiedlichste Ansichten: Als die folgenreichsten Schwächen werden momentan die Geldschöpfung, der Zins und das Sparen diskutiert. Der größte Teil des verwendeten Geldes wird heute nicht mehr von der Zentralbank, sondern auf Grundlage einer sehr geringen Reserveeinlage von den Geschäftsbanken „erzeugt“. Dies, in Verbindung mit Bankenrettungsprogrammen bei Misswirtschaft, führt zu einer kaum kontrollierbaren Ausweitung der Geldmenge, verbunden mit Spektulationsblasen und Inflation. Deshalb sollte das Recht, Geld zu schöpfe, alleine bei der Zentralbank liegen. Durch diese Maßnahme wäre die Zentralbank endlich in der Lage, die Geldmenge direkt und nicht mehr nur über Zinsen zu steuern. Ein weiteres Problem ist, dass Guthabenzinsen ein leistungsloses Einkommen darstellen. Sie fördern die Ungleichverteilung von Vermögen von oben nach unten und erhöhen zudem die Kreditzinsen, was sinnvolle Investitionen erschwert.

Außerdem wird über den Nutzen von regionalen Komplementärwährungen diskutiert. Bei einem Finanzsystemzusammenbruch könnten sie die schrecklichen Folgen spürbar mildern. Die Komplementärwährungs-Initiativen leisten zudem einen wertvollen Beitrag zu Fragen rund um Geldschöpfung und Geldmengensteuerung durch Umlaufimpuls, was sich mitunter auch als Grundlage eines nachhaltigen europäischen Währungssystems nutzen lässt..

Das größte Problem aber ist die mangelnde politische Diskussionsbereitschaft zu diesen Themen. Unserer Gesellschaft fehlt sowohl das Problembewusstsein als auch wichtiges Grundwissen in Sachen Geldpolitik. Deshalb wollen wir aufklären und eine breite öffentliche Debatte entfachen.

*7. Viele Anregungen für die AGG stammen von dem Soziologen Joseph Huber. Dieser setzt sich dafür ein, Geldschöpfung durch Banken zu unterbinden. Wie läuft eine solche Geldschöpfung ab und mit welchen Folgen?*

**[Fachchinesisch]** Die Publikationen von Prof. Huber sind sehr hilfreich bei der Analyse unseres Geldsystems. Er sieht in der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken einen der zentralen Gründe für Finanzkrisen. Einfach ausgedrückt ist das Problem, dass Banken Geld produzieren. Das Geld hat vorher nicht existiert und kommt weitgehend aus der Luft. Dahin verschwindet es nach Rückzahlung auch wieder, nur die Zinszahlungen bleiben als Gewinn bei der Bank.

Dieser Mechanismus hat mehrere Nachteile: Das so durch die Banken geschaffene Geld erhöht das Risiko von Bankenpleiten, was die Banken gerne als Druckmittel in Krisen einsetzen können. Weiterhin ist das sehr profitabel. Würde man die Geldschöpfung der Zentralbank überlassen, könnte diese jährliche Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe an die Staaten abgeben. Zudem verhalten sich die Banken in Krisen bei der Kreditvergabe eher restriktiv und in Aufschwungzeiten eher freundlich, was die Ausschläge von Konjunkturzyklen verstärkt.

*8. Wie ist Ihre Position zu staatlicher Geldschöpfung?*

**[Für Laien schwer nachvollziehbar]** Vor über hundert Jahren wurden Banknoten noch von privaten Banken ausgegeben, bevor dieses Recht dann auf die Staaten übertragen wurde. Das gilt aber nicht für das Geld auf Girokonten, welches entgegen landläufiger Meinung aktuell nicht der Kontrolle der Zentralbank unterliegt. Vor allem angesichts der aktuellen Finanzkrise wäre es der nächste logische Schritt in der Evolution unseres Geldsystems, die Kontrolle über Gelder auf Girokonten den Banken zu entziehen.

Man muss sich hier auf den Kerngedanken besinnen, dass das Finanzwesen vor allem zur Finanzierung der Realwirtschaft dienen soll. Die Bereitstellung von Geld zum Wirtschaften hingegen ist eine staatliche Aufgabe. Unsere Vision geht dahin, dass ein ordnungspolitischer Rahmen existiert, der sowohl dem Staat als auch seinen Bürgern ein freies und selbstbestimmtes Handeln ermöglicht und gleichzeitig für höchstmögliche Stabilität sorgt. Das aktuelle System gewährleistet dies nicht.

*9. Bei der AGG handelt es sich nur um einen Teil der Piratenpartei. Wieviel Zuspruch bekommt sie vom Rest der Partei?*

Das ist schwer zu sagen. Beim letzten Bundesparteitag wurde ein Antrag der AGG, der das undemokratische Zustandekommen des ESM kritisert, mehrheitlich angenommen.   Weiterhin bemühen wir uns um bestmögliche Aufklärung zu den Problemen und möglichen Lösungen im finanzpolitischen Feld. Zu unseren Vorstellungen bezüglich des Geldsystems sind wir momentan intern darauf fokussiert, eine Konsenslösung für ein freiheitliches und basisdemokratisch gerechtfertigtes Finanzsystem zu erarbeiten. Wir sind auch sehr zuversichtlich, dass dieses noch vor der Bundestagswahl ins Wahlprogramm der Piratenpartei aufgenommen wird.